

PoWi für den Hauptschulabschluß im Mai 2011

<http://worgtsone.scienceontheweb.net/worgtsone/> - [mailto: worgtsone @ hush.com](mailto:worgtsone@hush.com)

Oct 13 2009 – 13. Oktober 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Intro	2
2	Migration, Integration, Chancengleichheit	3
2.1	Migration	3
2.2	Integration	3
2.3	Chancengleichheit	3
3	Themenplan PoWi für den HS Abschluß Offenbach 2011	4
4	Fragen für schriftl. Prüfung 2011	5
4.1	150 Jahre Geschichte	5
4.2	Jugend im Rechtsstaat	6
4.3	Politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland	8
4.4	Europa – Menschenrechte und Friedenssicherung	10
4.5	Aspekte der sozialen Marktwirtschaft	11
4.6	”Eine Welt” – Dritte Welt, Umwelt, Ökologie	12
4.7	Gleichberechtigung	13
4.8	Extremismus und Gewalt	14
5	Zur Erinnerung : Lehrplan Powi AbendHauptschule Hessen (ohne Datum)	15
5.1	Qualifikationen im Fach historisch-politische Bildung bei Abschluss der Abendhauptschule	15

Disclaimer

Wissen ist zum Teilen da. Ich teile mein Wissen mit Ihnen, lieber Kollege.
Ich bin aber nicht perfekt. Unter worgtsone@hush.com
nehme ich dankbar Ihre Verbesserungsvorschläge entgegen.

*

Legal Blurb: Alle Informationen in diesem Dokument sind falsch, unvollständig,
irreführend, irrelevant und / oder funktionieren einfach nicht.

Wenn Sie es trotzdem benutzen, und es geht dabei etwas kaputt, ist das Ihr
Problem, nicht meins.

*

Bitte teilen Sie meine Web-Adresse nicht Ihren Schülern mit.

1 Intro

Unfug start

DEU MAT Powi werden schriftlich, DEU MAT PHY mündlich geprüft.

DEU MAT werden hessenweit zentral erstellt, PoWi macht jedes Dorf für sich (?????).

Im Ausschuß für die Offenbacher PoWi-Aufgaben sitzen freiwillig Paul Lorenz und Hans Ostermann.

Wir beschränken uns auf den folgenden Themenkatalog. Die Themen sind zusammengestellt aus dem Lehrplan PoWi Hauptschule Hessen. Es handelt sich daher im Wesentlichen um Wiederholung und ist nicht so umfangreich wie es zuerst aussieht.

Die Prüfung wird aus ca. 30 Fragen bestehen, zum Teil frei, zum Teil zum Ankreuzen, insgesamt 90 Minuten.

Unfug stop

2 Migration, Integration, Chancengleichheit

2.1 Migration

Na schön wer beschreibt mein Erstaunen als ich feststellte, daß in der Klasse ALLE Migrantenkinder sind. Auch die fließend Deutsch sprechen.

Wenn man die Generationen nicht zählt... bin ichs ja auch.

Warum verläßt jemand sein Herkunftsland?

- mangelnde soziale Absicherung
- Kriminalität
- Gefahr für Leib und Leben

Warum kommt er nach Deutschland?

- Arbeitsgelegenheit
- Aussicht auf Wohlstand
- Familiennachzug
- Aussicht auf Konsum und sozialen Aufstieg

2.2 Integration

Was bedeutet das?

- sich anpassen
- Gesetze beachten
- Deutsch lesen schreiben sprechen
- arbeiten gehen
- weiterqualifizieren

2.3 Chancengleichheit

Sie empfinden sie unisono als gegeben. Punkt. Egal, in welchem Alter jemand einwandert.

Also : die ihre Chancen nicht ergreifen, wollen überwiegend nicht. Besonders kraß scheint der Absturz in der falschen PeerGroup zu sein.

Wie kann man solche Leute motivieren?

- informieren
- bestrafen
- belohnen

... und wenn dann ein Schüler sagt: ist ja alles prima hier, ich überleg mir das nochmal ob ich in mein Herkunftsland zurückwill... hats was bewirkt. Gut.

3 Themenplan PoWi für den HS Abschluß Offenbach 2011

- 150 jahre geschichte deutschlands
 - o 1870 dt.-franz. krieg
 - o 1871 beginn Kaiserreich. wilhelm I + II, bismarck, sozialgesetze, industrialisierung
 - o 1914/18 erster weltkrieg: beginn weimarer republik
 - o 1920 völkerbund (ab 1946 : uno)
 - o 1939/45 beginn brd
 - o 1948 gründung eu
 - o 1990 wiedervereinigung
 - o 2020 soziale und finanzprobleme der brd
- jugend im rechtsstaat
 - o was ist jugend, rechtsstaat, gesetz, gericht, gewaltenteilung
 - o verfassung, menschen- und bürgerrechte, einschränkungen
- politische ordnung der bundesrep. deutschl.
 - o was ist föderalismus, bundesländer, gliederung hessens, subsidiaritätsprinzip
 - o wahlen: kreis-, landtags-, bundes-, eu
 - o bundesstadt bonn
- eu
 - o organe (die 3 oder 4 wichtigsten, mit standort und aufgabe)
 - o menschenrechte
- soziale marktwirtschaft
 - o planwirtschaft vs. soziale marktwirtschaft vs. freie marktwirtschaft
 - o kündigungsschutz, betriebsrat, jugendvertretung, mitbestimmung
- eine welt
 - o uno
 - o friedenssicherung (blauhelmeinsätze)
 - o klimawandel - ozonloch - regenwald
 - o hurricans, überschwemmungen, erdbeben, besiedlung von küstenregionen
- gleichberechtigung
- extremismus und gewalt
 - o politisch motiviert vs. vandalismus

4 Fragen für schriftl. Prüfung 2011

4.1 150 Jahre Geschichte

Wann war der deutsch-französische Krieg? 1870–71. Frankreich verlor.

Welche Folgen hatte der deutsch-französische Krieg? 1) Teilung des ehemals Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in Deutschland und Österreich-Ungarn.

- 2) Finanzierung der Gründerzeit.
- 3) Erfindung der Sozialgesetze und des Sozialisten-Gesetzes.
- 4) Gewinn zahlreicher linksrheinischer Gebiete, u.a. Elsaß und Lothringen.

Wer herrschte nach dem Deutsch-Französischen Krieg in Deutschland? Kaiser Wilhelm I., mit Kanzler Otto v. Bismarck.

Mit wem verbündete sich das Deutsche Reiche unter Kaiser Wilhelm II.? Wozu führte das? Mit der Donaumonarchie (Österreich-Ungarn) und Italien ("Dreibund").

Zum Ersten Weltkrieg.

Wann war der Erste Weltkrieg? 1914 bis 1918.

Folgen des Ersten Weltkriegs? Weimarer Republik. Wirtschaftsaufschwung und (nach dem Schwarzen Freitag : 25.10.1929) Wirtschaftskrise führen zur Machtergreifung A. Hitlers.

Wann wurde die UNO gegründet? 1920, damals noch als Völkerbund mit dem Ziel, weitere Weltkriege zu verhindern.

Wann war die Machtergreifung? 1933, durch

- 1) die Wahl A. Hitlers zum Reichskanzler
- 2) die Ernennung A. Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten, Paul v. Hindenburg
- 3) Die Wahlen zum Reichstag im März 1933, nachdem er sich am 1. Februar 1933 aufgelöst hatte. Die NSDAP errang 43,9 %. ¹
- 4) Das Erlassen des Ermächtigungsgesetzes mit 2/3-Mehrheit des Reichstages.

Wann war der Zweite Weltkrieg? 1939 bis 1945.

Folgen des Zweiten Weltkriegs? 1) Gründung der BRD und der DDR.

- 2) 40 Jahre Kalter Krieg und Eiserner Vorhang in Europa.
- 3) Einbindung der BRD in wirtschaftlichen Aufschwung ("Wirtschaftswunder"), NATO und EWG (heute : EU).
- 4) Einbindung der DDR in sozialistischen Niedergang, COMECON und Warschauer Pakt.

Wer, wann und wo gründete die EU? Deutschland, Frankreich, Italien; Belgien, Niederlande, Luxemburg. In 1957, in Rom.

Was und wann war die Wiedervereinigung? Die Deutsche Wiedervereinigung wurde durch friedliche Demonstrationen in der DDR in 1989 und 1990 angestoße. Der Beitritt der DDR zur BRD war am 3. Oktober 1990.

Welche soziale und finanziellen Probleme bewegen Politiker zu sagen, Deutschland schaffe sich ab?

¹Die Wahl am 5. März 1933, nach der Bildung der Koalitionsregierung Hitler-Hugenberg, kann nur noch eingeschränkt als freie und demokratische Wahl bezeichnet werden. Die freie politische Betätigung der Linksparteien war durch eine Vielzahl von Notverordnungen eingeschränkt, Funktionäre von KPD und SPD befanden sich schon in Schutzhaft, der Wahlkampf fand unter dem Terror der SA statt.

4.2 Jugend im Rechtsstaat

Was ist ein Rechtsstaat? Ein Rechtsstaat ist ein Staat, in dem die Staatsgewalt an Recht und Gesetz gebunden ist. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung wird durch unabhängige Gerichte gesichert.

Gegensatz : absolutistisch.

Schutz vor Willkür.

Schutz der Grundrechte (erste 20 Artikel der Verfassung von Deutschland, aka Grundgesetz).

Verurteilt werden darf man nur wegen eines Gesetzes oder aufgrund eines Gesetzes.

die Legislative darf nicht gegen die Verfassung handeln.

Exekutive und Judikative dürfen nicht gegen ein Gesetz handeln.

Welche Eigenschaften müssen Gesetze haben? Gesetze müssen rückwirkungsfrei sein, d.h. sie gelten erst ab dann, wo sie verkündet werden.

Gesetze müssen verhältnismäßig sein, dh.

- einen legitimen Zweck verfolgen UND

- geeignet oder wenigstens theoretisch geeignet sein

- der Zweck muss rechtlich legitim sein

- erforderlich, d.h. es gibt kein milderes Mittel, das zum gleichen Erfolg führt

- angemessen, d.h. man soll nicht "mit Kanonen auf Spatzen schießen", auch wenn dies das einzige geeignete und erforderliche Mittel zur Vertreibung der Spatzen ist.

Das eingeschränkte Grundrecht muss genannt werden.

es darf kein Einzelfallgesetz sein

der eigentliche Sinngehalt des Grundrechts darf nicht beeinträchtigt werden

das Gesetz muss klar formuliert sein

das Gesetz darf nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen.

Was ist Jugend? 14 bis unter 18 Jahre. Darunter : Kind. Darüber : Erwachsener. Ab 21 Jahren volljährig.

erfordert besonderen Schutz. Keine Waffen, Drogen, Discos, Casinos, Zigaretten, Alkohol.

Eingeschränkte Strafmündigkeit.

Was ist Jugendkriminalität? In Relation zu allen Straftaten verübten Kinder 4,4%, Jugendliche 11,4% und Heranwachsende 10,4% aller Straftaten. Insgesamt wurden demnach 26,2% aller Straftaten von unter 21-jährigen verübt.

Ein kleiner Teil (rund 3 bis 5 Prozent) der jugendlichen Tatverdächtigen fällt durch wiederholte Begehung von Straftaten auf. Diese kleine Gruppe von Mehrfach- bzw. Intensivtätern begeht nach Untersuchungen der Landeskriminalämter darüber hinaus zwischen 30 und 60% der für die Altersgruppe bekannt gewordenen Straftaten.

In Berlin haben beispielsweise z.Z etwa 80% aller Intensivtäter einen Migrationshintergrund.

Dennoch ist die Bezeichnung "Migrationshintergrund" wenig trennscharf und aussagekräftig: Vielmehr gibt es eine markante Häufung innerhalb bestimmter Ethnien, wie z.B türkisch- und arabischstämmige Migranten, wohingegen andere Ethnien zum Teil keinerlei Häufung aufweisen. Ursachen für die Kriminalität, insbesondere bei jugendlichen männlichen Migranten sind, neben den bereits angeführten kriminogenen Faktoren, häufig innerfamiliäre Gewalterfahrungen, Bildungsprobleme und fehlende Schulabschlüsse. Negativ wirken sich auch archaische Vorstellungen von Ehre, die Idealisierung eines juvenilen Gewaltkultes und hohe Akzeptanz von gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen aus. Diese Vorstellungen gelten auch als das Ergebnis von elterlicher

Inkompetenz und Gleichgültigkeit, sowie das Wohnen in "berüchtigten" Straßen und Schulen, die sie besuchen. Die Taten sind häufig von einer Anmaßung und Menschenverachtung seitens der Täter geprägt, die ihre Wurzeln meist im national-religiösen Überlegenheitswahn muslimischer Jungkrimineller haben, welcher sich gerade gegenüber Anders- und Nichtgläubigen äußert.

Was ist Jugendstrafrecht? JGG unterscheidet zwischen drei Gruppen: Erziehungsmaßregel, Zuchtmittel und Jugendstrafe. Dabei richtet sich die Wahl der Rechtsfolge danach, welche nach der Persönlichkeit des Täters den besten Erfolg für seine Resozialisierung verspricht

Diversion

- * außergerichtlicher Tatausgleich
- * Probezeit
- * gemeinnützige Leistungen (soziale Arbeit)
- * Zahlung eines Geldbetrages

Es erfolgt keine Eintragung ins Strafregister, jedoch eine Eintragung in das Erziehungsregister.

Was ist Gewaltprävention? Kriminalprävention dient der Vorbeugung von rechtswidrigen Taten.

- * Drogenprävention
- * Sport gegen Gewalt - Kampagnen
- * Kontrolle des Betäubungsmittelzugangs
- * Kontrolle des Zugangs zu gewaltverherrlichenden Medien
- * Maßnahmen der polizeilichen Gefahrenabwehr
- * Beratungsstellen wie z. B. Suchtberatung

4.3 Politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland

Wann wurde die BRD gegründet? 1949.

Wer nahm die Verfassung an? Die Länderparlamente.

Was heißt repräsentative Demokratie? auf Kreis-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene?

Was heißt Gewaltenteilung? Legislative : erzeugt die Gesetze und Verordnungen, auf Kreis-, Landes-, Bundes und EU-Ebene.

Judikative : Rechtsprechung. Polizei und Gerichte.

Exekutive : ausführende Gewalt : Regierung und Öffentliche Verwaltung. Kann Verordnungen herausgeben, die sich an die Gesetze halten müssen. Die zugehörigen Gesetze müssen klar regeln, welche Details in Verordnungen geregelt werden dürfen.

Was heißt freiheitlich-demokratisch? "Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."

– BVerfGE 2, 1, 12

Was heißt Sozialstaat? Ein Sozialstaat ist ein Staat, der in seinem Handeln soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten. Es bezeichnet konkret auch die Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen, um das Ziel zu erreichen, Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern. Der Staat verpflichtet sich, in Gesetzgebung und Verwaltung für einen sozialen Ausgleich der Gesellschaft zu sorgen.

Die konkrete Gestaltung des Sozialstaats erfolgt in der Sozialpolitik. [wiki]

*

Entwickelt hat sich der Sozialstaat im 19. Jahrhundert als Folge der industriellen Revolution und der Massenverelendung breiter Bevölkerungsschichten. Er basiert auf der Erkenntnis, dass Eigentum die Basis für die Ausübung von Rechten ist und dass Freiheit substanzlos bleibt, wenn ihre Ausübung nicht durch Eigentum gewährleistet ist. Durch staatliche Umverteilung sollten Arme und Schwache eine elementare Grundsicherung erhalten.

Soziales Handeln war aber immer zugleich Ordnungspolitik, die auf die Erhaltung des sozialen Friedens abzielte. So sollten die unter Reichskanzler Otto von Bismarck in den 1880er Jahren in Deutschland eingeführte Renten-, Kranken- und Unfallversicherung die wachsende Bevölkerungsschicht der Industriearbeiter von revolutionären Bestrebungen abhalten.

Was heißt Krise des Sozialstaats? Angesichts wirtschaftlicher Probleme durch nachlassendes Wirtschaftswachstum, die Globalisierung, demografische Entwicklungen, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit kam es in vielen Industrienationen dazu, dass der Sozialstaat zur Ursache der Probleme erklärt wurde.

Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik wird als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet, da der Staat der Wirtschaft einen Ordnungsrahmen vorgibt, der für einen sozialen Ausgleich sorgen soll, während sich die Wirtschaft am Markt orientiert; dabei stellt

die Marktorientierung das Gegenteil zur zentralen Planwirtschaft dar, während der soziale Aspekt die Folgen einer reinen Marktwirtschaft (siehe Kapitalismus) abmildern bzw. ganz verhindern soll.

Was ist eine Partei?

Was ist ein Bundespräsident?

4.4 Europa – Menschenrechte und Friedenssicherung

Was sind Menschenrechte ? Persönlichkeitsrechte (grundlegende Rechte)

- * Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- * Schutz vor Folter, Menschenversuchen ohne Einwilligung des Patienten, vor Zwangssterilisation und Zwangskastration, Schutz vor Körperstrafen und Prügelstrafen sowie Schutz vor entwürdigender oder erniedrigender Behandlung (wie beispielsweise Ehrenstrafen), Abschaffung der Züchtigung in Erziehung und Schule

Freiheitsrechte

- * Recht auf Freiheit, Eigentum und Sicherheit der Person
- * Allgemeine, nur durch Gesetz beschränkbare Handlungsfreiheit
- * Freiheit von willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre (Wohnung, Briefgeheimnis etc.)
- * Persönlichkeitsrechte
- * Meinungsfreiheit
- * Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- * Reisefreiheit
- * Versammlungsfreiheit
- * Informationsfreiheit
- * Berufsfreiheit

Justizielle Menschenrechte

- * Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen
- * Gerechtes Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht mit gesetzlichen Richtern
- * Anspruch auf rechtliches Gehör (audiatur et altera pars)
- * Keine Strafe ohne vorheriges Gesetz (nulla poena sine lege)
- * Unschuldsvermutung (in dubio pro reo)

Welche Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Rechte werden vorgeschlagen? Zu den im Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte festgelegten Rechtsnormen gehören u. a.:

- * Recht auf Selbstbestimmung
- * Gleichberechtigung von Mann und Frau
- * Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung
- * Recht auf Gründung von Gewerkschaften
- * Schutz von Familien, Schwangeren, Müttern und Kindern
- * Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich angemessener Nahrung
- * Recht auf den besten erreichbaren Gesundheitszustand
- * Recht auf Bildung
- * Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben

Gegen die Existenz wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Rechte wird bisweilen vorgebracht, dass hier das althergebrachte Abwehrrecht (status negativus) in einen status positivus (Anspruch auf Gewährung positiver sozialer Leistungen) umschlage.

Nenne Organe der EU! Parlament, Kommission, EUGH, EGMR, EU-Rechnungshof,...

Wer hat die EU gegründet? 1949 : Deutschland, Frankreich, Italien, BeNeLux.

4.5 Aspekte der sozialen Marktwirtschaft

Was ist Gewerbefreiheit?

Was ist freier Wettbewerb?

Was ist Vertragsfreiheit?

Was ist Konsumfreiheit?

Was ist freie Berufswahl?

Was ist Niederlassungsfreiheit?

Was ist Wirtschaftskreislauf? Angebot, Nachfrage, Preisbildung,...

Was ist Aufgabe des Staates? Sicherung von Markt- und Wettbewerbsordnung sowie des Sozialstaatsprinzips

Voraussetzung zur Nutzung der Chancen der sozialen Marktwirtschaft Aneignung von Wissen, Kompetenzen und Qualifikationen

Was sind Gewerkschaften ?

Was sind Tarifverhandlungen?

Was ist Globalisierung ?

4.6 "Eine Welt" – Dritte Welt, Umwelt, Ökologie

Entwicklungsländer : wesentliche Merkmale und Probleme

gegenseitige Abhängigkeit von Industrie- und Entwicklungsländern

Gefährdung des Regenwaldes Brandrodung, Export von Tropenhölzern

weltweite Verteilung von Armut und Reichtum (Industrie- und Entwicklungsländer)

Tourismus und Dritte Welt

Rolle der Frauen in Entwicklungsländern

Teufelskreis der Armut

Analphabetismus

4.7 Gleichberechtigung

Welchen Lebensentwurf hatte der durchschnittliche Deutsche / Westeuropäer / Inder vor 30 Jahren / heute / morgen?

Welchen Lebensentwurf hat die durchschnittliche Deutsche / Westeuropäerin / Inderin vor 30 Jahren / heute / morgen?

Inwieweit ist Gleichberechtigung durchgesetzt – in Kindergarten / Elternhaus / Schule / Betrieb / Verein / Uni / staatl. Organisationen?

Frauenarbeit ? Männerarbeit ? Lohnleichheit ?

Seit wann gibt es Frauenwahlrecht in Deutschland?

Verfassung Art. ??? :

Welche Probleme/Risiken ergeben sich?

Welche Chancen ergeben sich?

Was ist Koedukation, Quotenfrau, Frauenbeauftragte?

Was bleibt zu tun?

4.8 Extremismus und Gewalt

5 Zur Erinnerung : Lehrplan Powi AbendHauptschule Hessen (ohne Datum)

- R1 Veränderung der Lebensformen
 - Lebenswelten von Jugendlichen
 - Arbeit und Freizeit im Wandel der Zeit
 - Gleichberechtigung von Mann und Frau
- R2 Demokratie und ihre Gefährdung
 - Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus
 - Möglichkeiten politischer Beteiligung
 - Leistung und Grenzen des Sozialstaats
- R3 Sicherung der Lebensgrundlagen
 - Wirtschaftsstandort Europa
 - Chancen und Risiken neuer Technologien
 - Veränderung der Umwelt durch den Menschen
- R4 Arme Welt – reiche Welt
 - Ausländische Bürger zwischen Isolation und Integration – miteinander leben lernen
 - Länder zwischen Abhängigkeit und Eigenständigkeit
 - Traditionelle und alternative Formen der Friedenssicherung

Für die AHS sind zwei Semesterthemen verbindlich. Die Auswahl der Semesterthemen und Themenbereiche trifft die Fachkonferenz.

5.1 Qualifikationen im Fach historisch-politische Bildung bei Abschluss der Abendhauptschule

Am Ende der Abendhauptschule sollen die Studierenden über folgende Qualifikationen verfügen:
Im inhaltlichen Bereich sollen sie grundlegende Kenntnisse in folgenden Themenbereichen besitzen:

- Veränderung von Lebensformen;
- Demokratie und ihre Gefährdung;

Im methodischen Bereich sollen die Studierenden

- gesellschaftliche Probleme sachangemessen analysieren;
- Texte unter bestimmten Gesichtspunkten untersuchen;
- mit Statistiken, Grafiken und Karten umgehen;
- selbstständig, aber auch im Team arbeiten;
- Untersuchungsergebnisse sachangemessen mündlich oder schriftlich präsentieren,
- zu gesellschaftlichen Problemen eine eigene Position beziehen.